Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. bei Haus, bei Postbestellung 1.80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 1spaltige Millimeterzeile (46 mm breit) 7 Rpfg., die 2spaltige Millimeterzeile der amtlichen Bekanntmachungen bei direkter Auftragserteilung 11 Rpfg. ohne Nachlaß, die 1spaltige Textzeile (90 mm breit) 20 Rpfg. Nachweisungs-Gebühr 20 Rpfg. Vorgeschriebene Erscheinungstage u. Plätze Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 99 — 93. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 28. April 1934

Auf Reisen.

Zwischen London und Warschau. — Unangenehme Geschichte. — „Und sie bewegt sich doch!"

Man darf, wenn heute Diplomatenreisen schon zu einer fast alltäglichen Angelegenheit geworden sind, vielleicht daran erinnern, welche Rolle in der Vorkriegszeit die Monarchenreisen spielten. Die Begegnungen der Staatsoberhäupter dienten damals ebenso der Erhaltung des europäischen Friedens wie heute die der verschiedenen Außenminister, und die Welt hat es ein bißchen zu spät, nämlich bei Ausbruch des Weltkrieges, gemerkt, daß die obligaten Küsse, die die Monarchen bei der Begrüßung austauschten, zu nicht geringem Teil Judasküsse gewesen sind. In der Regel wetteifern die damaligen Trinksprüche und die heutigen „amtlichen Kommuniqués" miteinander an Unverbindlichkeit und Inhaltlosigkeit, so daß dem Zeitgenossen jede Möglichkeit offensteht, hineinzulegen, was er will und was ihm gefällt. Man sollte statt dessen lieber mit den Taten der betreffenden Herren rechnen und rechten. Das gilt auch von den gegenwärtigen Diplomatenreisen. Der französische Außenminister durchauert zur Stützung des wackligen Friedens in Europa den Osten, und sein italienischer Kollege hatte Besprechungen in London und dann in Brüssel. Daß er in seinem Koffer den Wunsch mitbrachte, jetzt, nach dem schroffen Nein der letzten französischen Note, irgendeinen neuen Weg mit England und wohl auch Belgien in der Abrüstungsfrage zu finden, hat der italienische Staatssekretär selbst gesagt, auch hinzugefügt, daß dabei eine Vermittlung zwischen Deutschlands und Frankreichs Standpunkten angestrebt werde, nicht aber etwa eine Frontbildung gegen Deutschland. Dafür sei gerade Mussolini am wenigsten zu haben. In größter Gefahrzeit vernimmt die Welt also, daß „in der Abrüstungsfrage die diplomatischen Bemühungen fortgesetzt" werden, vermutlich also weiter gereist wird. Genau so trug auch der französische Außenminister in seinen Koffern allerhand Reparaturwerkzeuge zur Befriedung Europas nach Warschau und Prag, aber man hatte in Polen kein rechtes Zutrauen für sie, eher noch ein gewisses Mißtrauen gegen diese Werkzeuge, die vielleicht auch zu anderen Zwecken verwendet werden könnten. Aber selbstverständlich sind die Reisetage Barthous, wie er selbst wenigstens es sagte, „gut für den Frieden Europas!" Ob es dem wirklich gut bekommt . . . ?

*

Mit dicken Koffern voller Wünsche und Beschwerden sind nun auch die Vertreter unserer ausländischen Gläubiger nach Berlin gekommen, erfüllt, wie der Reichsbankpräsident Dr. Schacht sagte, von unangenehmen Gefühlen darüber, daß sie vorübergehend auf Zinsen verzichten müssen, auf die sie berechtigten Anspruch haben. Aber auch wir Deutsche verspüren ein unangenehmes Gefühl dabei, als Schuldner diese Zinsen gern bezahlen zu wollen, dazu aber zur Zeit nicht in der Lage zu sein. Diese internationale Transferkonferenz, auf der die Amerikaner als unsere Hauptgläubiger auftreten, erörtert wiederum die Frage, wie wir dem Ausland unsere Schuldzinsen für die dort aufgenommenen langfristigen Anleihen in fremder Valuta zur Verfügung stellen sollen, wenn wir die dafür notwendigen Devisen aus einem genügend großen Ausfuhrüberschuß nicht erhalten. Denn den haben wir im ersten Vierteljahr 1934 gar nicht mehr gehabt, sondern die Einfuhr war in dieser Zeit um 51 Millionen Mark größer als die Ausfuhr, so daß allein schon dieses rein wirtschaftliche Soll durch einen tiefen Griff in die kargen Goldschätze der Reichsbank ausgeglichen werden mußte. Mit Reichsbankgold kam Deutschland bisher auch den sonstigen Zinsverpflichtungen an das Ausland nach, sogar bei den Schuldenzahlungen für die Reparationsanleihen. Das geht aber nicht so weiter, allein schon deswegen nicht, weil die Reichsbank nur noch für 300 Millionen Gold und Devisen besitzt, wie Dr. Schacht mitteilte. Er stellte den Wünschen und Beschwerden der jetzt in Berlin eingetroffenen Reisenden in Gläubigerforderungen die Tatsache der „derzeitigen Unmöglichkeit" vor Augen, „den Transfer der deutschen Schulden in fremder Valuta zu bewerkstelligen". Wo nichts ist, hat auch der Auslandsgläubiger sein Recht verloren. In diesem Falle aber nur auf den Transfer; denn sein deutscher Schuldner hat prompt die geschuldeten Zinsen und Fälligkeiten an die Konversionskasse der Reichsbank zu entrichten, die aber zur Zeit nicht diese Summen oder auch nur ein Teil davon in Devisen „konvertieren" kann!

*

Gewiß werden es jene „unangenehmen Gefühle" kaum zulassen, daß die in Berlin weilenden Gläubigervertreter den Massenaufmarsch und die Feier am 1. Mai mit unvoreingenommenen oder gar verstehenden Blicken ansehen. Vielleicht aber wird doch dieses Bild der Geschlossenheit einer Nation, die ihrem Willen zur friedlichen Arbeit demonstriert, seinen Eindruck nicht ganz verfehlen. Hier spricht durch den Mund seines Führers ein ganzes Volk von 65 Millionen, das doch der Welt vieles gegeben hat und noch viel mehr geben will, — sofern man es eben nur friedlich und in Ehren arbeiten läßt! Jetzt stehen Millionen und aber Millionen von Deutschen, die vor einem Jahr die Arbeit nicht feiern, sondern nur ersehnen konnten, am 1. Mai in Reih und Glied zusammen mit ihren Arbeitskollegen und dürfen zu einer Dankesfeier ziehen! Sie sind herausgehoben worden aus dem Weltenschicksal Dutzender von Millionen Menschen, denen die Erde zwar Raum, aber heute immer noch keine Arbeit gewährt. Ist denn das nichts?! Wir sind nicht anmaßend, — aber ganz ohne Deutschland wird diese Welt aus ihrer schweren Krise doch nicht herauskommen. Dr. Pr.

„Wir fordern nur Gleichberechtigung!"

Ein gesichertes Deutschland ist die beste Friedensgarantie für Europa!

Der Reichsaußenminister über den gegenwärtigen Stand der Abrüstungsfrage.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hielt in Berlin vor einem Kreis von Vertretern der deutschen Presse eine Rede über die Abrüstungsfrage, in der er u. a. folgendes ausführte:

Die seit mehr als sechs Monaten geführten Abrüstungsverhandlungen sind von Frankreich brüsk abgebrochen worden, und zwar mit einer Begründung, die die schwersten Beschuldigungen gegen Deutschland in sich schließt. Die französischen Angriffe und Vorwürfe sachlich im einzelnen zu entkräften, scheint mir allerdings kaum erforderlich zu sein. Es ist ja leicht zu sehen und ist sicherlich nicht nur in Deutschland erkannt worden, daß die wahren Gründe für den schwerwiegenden Entschluß der französischen Regierung in anderen Dingen liegen als den von ihr jetzt beanstandeten Zahlen unseres letzten Wehretats.

Muß es nicht in Erstaunen setzen, daß eine Regierung, deren eigene Wehrausgaben sich im letzten Jahre auf über 16 Milliarden Franc beliefen, Alarm schlägt wegen des auf 890 Millionen Mark bezifferten Wehretats ihres Nachbarlandes?

Ist es nicht befremdend, wenn die französische Regierung die diesjährige Erhöhung des deutschen Wehretats um etwa 220 Millionen Mark als eine „Friedensbedrohung" brandmarken will, obwohl der größte Teil dieser Summe für die gerade von Frankreich geforderte Umwandlung unserer Reichswehr in Aussicht genommen worden ist? Hat nicht Frankreich selbst seine Wehrausgaben in den letzten Jahren trotz der schwebenden Abrüstungsverhandlungen wiederholt sprunghaft erhöht?

Und dann eine Macht, die über die gewaltigste militärische Luftrüstung der Welt verfügt, und ihre eigene hochentwickelte Zivilluftfahrt mit den größten Mitteln unterstützt, wirklich ernstlich in Sorge darüber sein, daß Deutschland, um seine Zivilbevölkerung durch besondere Einrichtungen in den Ortschaften gegen feindliche Luftangriffe zu schützen, den Betrag von 50 Millionen und daneben für die Reorganisation der seit Jahren danierliegenden Zivilluffahrt den Betrag von 160 Millionen Mark in seinem Etat bereitstellt?

Man braucht nur das von der englischen Regierung veröffentlichte Statement vom 16. April d. J., das die letzte deutsche Stellungnahme kurz zusammenfaßt, der gleich darauf veröffentlichten französischen Note an England gegenüberzustellen, um zu erkennen, daß das Verhalten Deutschlands nicht den geringsten stichhaltigen Grund für die plötzliche Flucht aus den Verhandlungen darbot.

Die französische Regierung will den entscheidenden Gesichtspunkt für die Beurteilung des deutschen Wehretats allein aus der Tatsache entnehmen, daß

die Versailler Vertragsregelung

noch durch keinen anderen Vertrag ersetzt sei. Ich verzichte darauf, diesen Standpunkt durch den Hinweis darauf zu widerlegen, daß die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages überhaupt nichts über die Höhe des deutschen Wehretats enthalten und daß die etatmäßige Bereitstellung von Mitteln noch nicht mit ihrer tatsächlichen Verausgabung gleichbedeutend ist.

Denn weit wichtiger ist es, sich klarzumachen, was der französische Standpunkt im Prinzip besagt. Er läuft darauf hinaus, daß die Behandlung der Abrüstungsfrage im freien Belieben der hochgerüsteten Staaten steht, daß Deutschland dagegen geduldig abzuwarten hat, was sie beschließen, und daß es selbst dann kein Recht hätte, etwas zu fordern und zu tun, wenn die anderen Mächte nach den bisherigen acht Jahren noch weitere zwei oder fünf oder zehn Jahre ergebnislos verhandeln und dabei ihre eigenen Rüstungen fortgesetzt steigern.

Ich gestehe offen, ich habe es nicht für möglich gehalten, daß eine Regierung bei dem jetzigen Stand der Dinge und angesichts der ganzen Art, in der wir die Verhandlungen mit ihr geführt haben, heute noch ernsthaft mit einer solchen These hervortreten könnte. Aber es ist geschehen, und es bleibt uns nichts übrig, als diese These in aller Schärfe und aller Bestimmtheit als das zu kennzeichnen, was sie ist: sie stellt das ganze Fundament der Abrüstungsfrage nicht nur in rechtlicher, sondern auch in politischer und historischer Beziehung einfach auf den Kopf.

So fruchtlos auch die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz geblieben sind, das eine ist dadurch doch wenigstens gegenüber der jetzt von Frankreich beliebten These klargestellt und zur allseitigen Anerkennung gebracht worden, daß nämlich eine Fortdauer des Zustandes einseitiger Entwaffnung Deutschlands inmitten seiner hochgerüsteten und auch in ihren künftigen Rüstungsmaßnahmen unbeschränkten Nachbarn

eine flagrante Rechtswidrigkeit und eine politische Unmöglichkeit

sein würde. Mit Recht hat deshalb die deutsche Regierung in ihrem an die französische Regierung gerichteten Memorandum vom 13. März d. J. es als eine selbstverständliche, von allen Seiten längst anerkannte Tatsache hingestellt, daß für Deutschland unter keinen Umständen mehr ein Rüstungsstand in Betracht kommen könne, wie er in Versailles festgelegt wurde.

Deutschland hat zwar an der Gleichberechtigung als Grundsatz und an seiner Verwirklichung als dem künftigen Endziel festgehalten, hat sich aber in nüchterner, realpolitischer Würdigung der gegebenen Verhältnisse dazu verstanden, für die erste Abrüstungskonvention ein Regime zu akzeptieren,

das nur einen äußerst bescheidenen Teil jenes Endzieles in die Tat umsetzt.

Wir haben an diesem maßvollen Standpunkt auch dann festgehalten, als sich immer deutlicher herausstellte, daß mit irgendwelchen erheblichen Abrüstungsmaßnahmen der hochgerüsteten Staaten, insbesondere Frankreichs, nicht zu rechnen war.

Wir haben auf alle Angriffswaffen von vornherein verzichtet. Wir haben erklärt, daß wir jede auch noch so weit gehende Rüstungsbeschränkung für Deutschland annehmen würden, wenn das auch seitens der anderen Mächte geschieht.

Wir haben es also in die Entschließung der anderen Mächte gestellt, welche Waffenarten künftig überhaupt noch allgemein als zugelassen gelten sollen.

In der besonders wichtigen Frage der Luftrüstung haben wir auch hinsichtlich der Quantität unserer Forderungen die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht. Daneben haben wir uns mit der Einführung einer wirksamen Kontrolle einverstanden erklärt und haben alle denkbaren Garantien angeboten, um den nichtmilitärischen Charakter der politischen Organisation in Deutschland sicherzustellen.

Ist es angesichts dieses überall bekannten Sachverhalts überhaupt noch verständlich, wenn in der letzten französischen Note der Vorwurf erhoben wird, Deutschland wolle den anderen Mächten seinen Entschluß aufzwingen, seine Aufrüstung auf allen Gebieten und in einem von ihm allein zu bestimmenden Umfang fortzusetzen? Wir sind bis an die äußerste Grenze desjenigen gegangen, was noch mit unseren vitalen Interessen zu vereinbaren war.

Auch jetzt sind wir zur Verständigung jederzeit bereit. Noch letzthin ist zur Erleichterung und Förderung der internationalen Verhandlungen vom Reichspräsidenten ein besonderer Bevollmächtigter für die Abrüstungsfragen ernannt worden.

Es war niemals unser Ziel, die Frage des künftigen deutschen Rüstungsregimes einfach durch einseitige Entschlüsse und Maßnahmen zu lösen.

Die Reichsregierung ist sich stets der Tatsache bewußt gewesen und ist sich ihrer auch heute bewußt, wie segensreich gerade eine Einigung über das Abrüstungsproblem für die Wiederherstellung des Vertrauens und für die politische und wirtschaftliche Zukunft aller Länder sich auswirken würde.

Deshalb wünschen wir nach wie vor das baldige Zustandekommen einer Konvention.

An den Vorschlägen und Zugeständnissen, wie wir sie zuletzt gemacht haben, halten wir fest. Alle Behauptungen, als ob wir uns nicht nur auf die Vorbereitung einer defensiven Ausrüstung, sondern auf die Ausrüstung mit Angriffswaffen eingestellt hätten, verweise ich auf das entschiedenste in das Reich der Fabel. Unsere Vorschläge und Zugeständnisse aber zum Inhalt eines Vertrages zu machen, das steht jetzt nicht mehr bei uns, sondern bei den anderen Mächten.

Nachdem die französische Regierung den von uns

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF